

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 10. Februar.

1 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. von Stephan u. A. Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt.

3 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. von Stephan u. A. Die Kommission für zwei Direktoren je 15 000 M. zu bewilligen.

Abg. Dr. Müller (Sagan) (Sp.): Von den Direktoren sollen beiderlei die eine die Personalangelegenheiten und die andere die Stellung derselben zu den Assistenten zur Sprache kommen.

Unter den Assistenten habe zur Zeit eine große Verwirrung statt vor Allen, weil ihnen die Schriftstellerebene verweigert ist. Es wäre wohl an der Zeit, das Personalstellen fest zu stellen, das nach dem Jahre 1873 kammt, zu ändern.

reglement, das nach dem Jahre 1873 kammt, zu ändern. Darunter, daß die Assistenten vielfach nicht anerkannt, daß ihre herangezogen werden, wird doch jedenfalls anerkannt, daß diese herangezogen werden, während man es den Civilanwärtern verweigert. Jedes Erwerb im Postdienste muß ein fester Lohn sein, man weiß gewiß, daß es ein fester Lohn sein muß, man weiß gewiß, daß es ein fester Lohn sein muß.

Man sagt die Verwaltung, die jungen Leute haben doch gewußt, was ihnen bevorsteht. Ja, wenn die Jugend wüßte, was ihr bevorsteht, so würde sie kaum in den Postdienst hineingehen. Da sind gewisse Menschen, die dazu anzusehen, die Uniformen, der Schalterdienst und auch die Schulen und die Lehrer sind nicht davon freizusprechen, den jungen Leuten den Eintritt in den Postdienst zu verweigern. Ich selbst habe, als ich noch Lehrer war, diesen gesehen. Aus der Unterführung doch aber keinen Beifall Leichnam darf die Verwaltung denken gewöhnen, was ihnen zugehen, sondern man muß die Unzufriedenheit vermindern, ist die Aufgabe der Postverwaltung gegenüber den Bestrebungen des Postassistenten-Verbandes. Sie ist so unverständlich, wie sie es ist, offenbar zu vertreten, weil man darunter wittert, dieser Zweck ist gleichbedeutend mit der Erregung von Unzufriedenheit. Die Verwaltung hat keine Mittel unversucht gelassen, um den Verband an seine Aufgabe zu erfüllen. Diese Unzufriedenheit u. A. ein Erlaß des Oberpostdirektors Lamorde in Frankfurt.

Präsident v. Levetzow macht den Redner darauf aufmerksam, daß das, was der Redner vortrage, nicht zu diesem Titel, sondern zum Titel 22, der von den Assistenten handelt, gehöre.

Abg. Dr. Müller (Sagan): Dann werde ich hier abbrechen und mir Weiteres beim Titel 22 vorbehalten.

Abg. v. Kardorff (Hv.): Die Verdienste des Staatssekretärs Dr. v. Stephan sind nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa anerkannt. Was wollen dagegen die Schwätzer des Abg. Dr. Schönlanke sagen. Wenn wir daher auch die Forderung für den Unterstaatssekretär abgelehnt haben, so hatte das keine Spitze gegen den Generalpostmeister.

Abg. v. Levetzow (Str.) hält die Frage, ob Unterstaatssekretär oder Direktor, für eine reine Gehaltsfrage, nicht für eine Organisationsfrage und titelt dem Beschluß der Kommission zu. Man umwandelt eine Stelle für ständige Hilfsarbeiter in eine Stelle für vortragende Räte habe die Kommission zugestimmt, er bitte auch diese Positionen abzuheben, da das Verhältnis in anderen Reichsämtern noch ungünstiger ist.

Staatssekretär Dr. von Stephan: Ich weiß ja, daß, wie der Abg. von Kardorff gesagt hat, die Ablehnung der Forderung nicht meiner Person gilt. Ich weiß auch andererseits, daß das, was vom Reichspostamt geleistet wird, nicht meiner Person allein zugeschrieben werden kann, sondern den Bemühungen der ganzen Reichspostverwaltung. Der Postpostverein wäre auch nicht zu Stande gekommen ohne den großen Hintergrund des deutschen Reichs. Die Reden, die wir aber gestern hier gehört haben und die wir auch heute im besten Falle hören, zu vernehmen, sind nur geeignet, das Ansehen der Reichspostverwaltung wesentlich zu schädigen. Wenn hier von Tag zu Tag bei jeder Verhandlung über den Postetat, in dem ich mich befinden will, der Generalpostmeister taugt nichts, er ist völlig wertlos, man muß ihn unter die Petrarke werfen, wie der Abg. Schönlanke sagt, so widerspricht das doch durchaus den Thatsachen. Sie dürfen sich dann aber auch nicht darüber wundern, wenn durch das Ansehen unserer Postverwaltung in ganz Europa geschwächt wird. Uebrigens kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß die Meinung, die Sie hier kundgeben, nicht überall verbreitet ist. So hat der Präsident der Ausstellung von Chicago einen unserer Kommissare gefragt: Am meisten beschweren sich die Deutschen über die Zustände, die im Gebiete unserer Post- und Telegraphenverwaltung herrschen, und das liegt nur daran, daß Sie es in Ihrem Vaterlande so gut haben.

Auf solche Ansichten muß auch Werth gelegt werden. Der Abg. Schönlanke hat gestern seine Rede gleich damit begonnen, daß er uns die Maßregeln vorstelle, die in der württembergischen Postverwaltung ergriffen worden sind. Es sind auch viele Artikel darüber geschrieben worden, sogar in Blättern, daß die Schwaben dem deutschen Reich schon vorgekommen wären. Sie haben aber doch aus dem Munde eines Abgeordneten, der die Sache genau kennt, gehört, daß diese Einrichtungen nicht nachahmenswert sind.

Man bin ich ja sehr dankbar für die Anmerkungen, die Abg. v. Kardorff gesagt hat. Er hat ja den Leistungen der Postverwaltung eine große Anerkennung gezollt. Aber er hat sich gegen die Bemühungen dieser Position ausgesprochen und das hat mich sehr gekränkt, denn ich muß Ihnen, ich lege doch in diesem Falle mehr Werth auf die Bezahlung als auf die Bezahlung. (Geheul.) Ich höre aus Allem nur die Worte des alten Theas aus Apollonien, die da lauten: „Du sprichst vergebens mich um zu verlagern, der andere hört von Allem nur das Reim!“ (Geheul.)

Der Abg. Gröber meint, es handle sich hier nur um eine Gehaltsfrage, aber nicht um eine Organisationsfrage. Über die Sache ist gerade entgegengesetzt. Es ist eine reine Organisationsfrage, es soll eine Vertretung für den Chef der Verwaltung geschaffen werden, die bis jetzt fehlt. Der Unterstaatssekretär soll den Chef auch unterstützen in der Leitung der Ge-

schäfte und die Entschlüsse vorbereiten. Es gibt ja viele Gebilde, die den Postverwaltungen fehlen, zurückzutreten, er kann das Vertrauen des Reichstages verlieren, es können Differenzen mit dem Reichstagsrat eintreten u. s. w., da darf kein Bedauern eintreten, es muß dann jemand da sein, der die Verwaltung fortführt. Es ist ja nicht gesagt, daß der Unterstaatssekretär auch der Nachfolger des Staatssekretärs ist. Wenn ich auch bei der Vertheidigung der Forderung eine Siphysus-Arbeit verrichte — das weiß ich — so bin ich doch der Ansicht, eine Wahrheit geht nie verloren; sie bricht sich Bahn. Behalten Sie die Vermehrung der Poststellen der Post, die Ausdehnung, die die Geschäfte der Postverwaltung seit 1866 genommen haben. Ich habe heute die ganze Last getragen, auch als die Telegraphie und die Freterei mit der Postverwaltung verschmolzen wurden. Jetzt ist noch das Fernsprechwesen hinzugekommen, das sehr schnell einen tiefen Umfang angenommen hat. Ohne daß ich gefragt würde, ist der Postverwaltung dann die ganze Arbeit der sozialpolitischen Gelehrte aufgebildet worden und endlich ist noch der umfangreiche Postdienst in den Kolonien mit seiner großen Arbeit dazugekommen. Auch das ganze Postampfschiffwesen hängt noch damit zusammen. Was noch kommen wird, weiß ich nicht; jeden Tag werden mir neue Erfindungen vorgelegt. Die Post hat längst aufgehört, ein heimliches Transportgeschäft zu sein; sie ist ein großes Kulturinstitut geworden. Auch ein großes Bankinstitut ist sie. Die Zahl der Postanweisungen ist so gewachsen, daß der Jahresumsatz 6000 Millionen Mark beträgt. Erst heute früh habe ich einen Bericht über den Postanweisungs-Verkehr mit Neuzins-Bales unterzeichnet. Die Zahl der täglichen Postverbindungen ist vom Jahre 1880 bis 1892 von 8900 auf 23 000 gestiegen. Die Länge der Telegraphenleitungen ist in dieser Zeit von 213 000 auf 380 000 Kilometer gestiegen, die der Postanhalten von 7514 auf 25 092, besonders sind auf dem Lande viele neue Anhalten errichtet worden. Die Telegraphenbahnlinien haben sich von 8400 auf 12 438 vermehrt. Es waren im Jahre 1880 im Ganzen 16 000 Anhalten gegen 37 400 im Jahre 1892. Das Personal ist von 62 000 auf 145 000 Köpfe angewachsen. Die Zentralpostbehörde hat 24 Mitglieder im Kollegium, von denen 19 vortragende Räte und 5 Hilfsarbeiter sind. Es ist darin mehrere preussischen Ministerien überlegen und hat noch keinen Unterstaatssekretär. Dem hat die Post noch eine Menge anderer Einrichtungen. Hierzu kommt die Post- und Telegraphenbehörde, die Postkommission u. s. f. Im Bundesrat waren auch einige Bedenken gegen die Genehmigung der Unterstaatssekretärsfrage. Die Aussprüche haben die Frage eingehend geprüft und der Bundesrat hat dann die dringende Notwendigkeit, die Position zu bewilligen, einstimmig anerkannt. Die Regierungen sind nicht leichtsinnig, mit der Forderung hervorgetreten, aber es handelt sich hier um eine politische Notwendigkeit und die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses.

Abg. v. Levetzow (Kon.) erklärt, bei aller Anerkennung der Leistungen der Postverwaltung müsse seine Partei bei dem Beschluß der Kommission stehen bleiben, nicht aus prinzipiellen, sondern aus finanziellen Gründen. Die Bewilligung könne auch gut noch ein Jahr aufgeschoben werden. Der weitergehenden Forderung des Abg. Gröber stimme seine Partei nicht zu.

Abg. v. Kardorff (Hv.): Wenn es sich um eine Personalvermehrung gehandelt hätte, so würden wir zugestimmt haben; dann handelt es sich aber nicht; und da müssen wir endlich einen Anfang mit der Sparankunft machen. Ihre Landwirthe und die Gewerbetreibenden müssen uns ja auch durchschlagen und da müssen die Herren oben von der Bürokratie auch sehen, wie sie durchkommen.

Abg. Gröber (Str.) empfiehlt nochmal die Ablehnung des vortragenden Raths wie auch der Forderung für den Unterstaatssekretär.

Abg. Dr. Schmidt (Sagan) verwahrt sich gegen den Vorwurf des Staatssekretärs, als ob seine Rede geeignet gewesen wäre, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu schwächen. Der Staatssekretär habe sehr richtig gesagt, er verrichte Siphysus-Arbeit; denn das ganze Weltwörter der Zahlen, die er vorgeführt, war doch eher geeignet, eine Vermehrung der Reichsämter zu begründen als die Umwandlung eines Direktors in einen Unterstaatssekretär. Der Staatssekretär hätte nachweisen müssen, daß ihn der Unterstaatssekretär besser entlasten könne, als der Direktor. Stimme ihm der Unterstaatssekretär auch als Vertreter des Reichstages entgegen? Er glaube, daß das nicht der Fall sei.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich habe lediglich gesagt, das Ansehen der Postverwaltung werde durch solche Reden beeinträchtigt. Dann habe ich nicht gesagt, meine Rede würde eine Siphysus-Arbeit sein. Was meine Rede ist, ist mir ganz egal —, sondern es sei eine Siphysus-Arbeit, hier angeführt der Stimmung der Fraktionen zu unternehmen, die Position durchzuführen. Mit weit größerem Recht könnte ich, wenn ich einwärtig wäre, was ich Gott sei Dank nie gewesen bin, Verwunderung einlegen gegen den Ausdruck „Weltwörter“, den der Vordredner bezüglich meiner Rede gemacht hat. Der Vordredner wird es sich ein zweites Mal überlegen, ehe er einen solchen Ausdruck braucht. (Geheul.) Der Unterstaatssekretär bedeutet insofern einen großen Vorteil für die Postverwaltung gegenüber einem Direktor, als er eine ganz andere Stellung einnimmt als dieser und eine größere Centralisation, Zusammenfassung der Verwaltung bedeutet.

Präsident Dr. Bücklin: Ich habe den Ausdruck „Weltwörter“ nicht gerügt, weil der Abg. Müller selbst, unmittelbar nachdem er ihn gebraucht hatte, ihn selbst erklärte, er habe damit sagen wollen, es hätten diese Zahlen etwas Verblüffendes.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Das habe ich ja nicht gewünscht. Wenn er mit dem Ausdruck nur gemeint hat, die Zahlen hätten ihn verblüfft, dann bin ich einverstanden.

Hierauf wird mit 21 insofern nach dem Beschluß der Kommission angenommen, als die Umwandlung eines Direktors in einen Unterstaatssekretär einstimmig abgelehnt wird; angenommen wird auch der Antrag Gröber hat 20 vortragende Räte und 4 Hilfsarbeiter 19 vortragende Räte und 5 Hilfsarbeiter zu bewilligen.

Bei Tit. 3 geheime expedierende Sekretäre kommt folgende Resolution der Kommission mit zur Ausführung: Den Reichstagsrat zu ersuchen, bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats für die Vermehrung der Gehälter der mittleren Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung das System der Dienstalterszulagen durchzuführen und auch für die unteren Beamten die abtägliche Durchführung in Aussicht zu nehmen, damit insofern dafür Sorge zu tragen, daß für dieselben eine Schädigung gegen die bisherigen Bezüge nicht eintreift.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.

Präsident Dr. Bücklin: Sie kann die Ausdrücke nicht ungerügt lassen.

Abg. Singer (Esp.): Ich muß hier den scharfen Widerspruch gegen die Vermehrung des Systems der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten erheben. Mir sind der Ansicht, daß dieselben diesen Beamten nur nützen werden. Man muß dabei zugleich das lächerlich geringe Umfangsgehalt von 600 resp. 700 Mark erheben. Was ich von diesen unteren Beamten weiß, ist, daß eine sehr große Anzahl vollkommen von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Dienstalterszulagen überzeugt ist, und daß sie es als einen sehr großen Mangel empfinden, daß solche Zulagen ihnen nicht gewährt werden und sie glauben, daß sie dabei nicht schlechter stehen werden, als jetzt. Dann müßte die etatsmäßige Anstellung einheitlich geregelt werden, sonst wird der Fortfall der Dienstalterszulagen illusorisch gemacht. Die Beamten müssen, eine solche Stellung bekommen, daß sie von Laune und Willkür der oberen Beamten unabhängig sind. Es wird das Vorhandensein von Laune und Willkür zwar gelegentlich. Aber nach dem was man hier im Reichstag jedes Jahr hört, möchte man sich viel eher gegen die Behauptung vernehmen, daß keine Laune und Willkür in der Postverwaltung herrsche.



